

	<p><b>Marktgemeinde ALLAND</b>, Bez. Baden, N.Ö. 2534 Alland, Hauptstraße 176 ☎ 02258/2245 Fax: 02258/2424 Mail: <a href="mailto:gemeindeamt@alland.gv.at">gemeindeamt@alland.gv.at</a></p>	Protokoll-Nr. 1/2024
---	---	-------------------------

# VERHANDLUNGSSCHRIFT

## über die öffentliche SITZUNG des GEMEINDERATES

am Donnerstag, dem 21. März 2024 im Sitzungssaal (1. Stock) des Gemeindeamtes.

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:09 Uhr

Die Einladung zur Sitzung erfolgte am 14.03.2024 per E-Mail und Kurrende.

### ANWESEND WAREN:

BGM Stefan Loidl (ÖVP)  
VBGM Ing. Gregor Burger (ÖVP)  
GR Rainer Andermann (SPÖUBA)  
GfGR Mag. (FH) Ing. Christian Bonfert (ÖVP)  
GR Elisabeth Dollensky (ALL)  
GR Dipl.-Ing. Erwin Thomas Dollensky (ALL)  
GfGR M.A. M.Sc. Armin Franz Grasel (ÖVP)  
GR Erika Grasel (ÖVP)  
GfGR Hannes Hofstätter (SPÖUBA)  
GR Maria Jakob (ÖVP)  
GR Karl Kolbe (SPÖUBA)  
GR Thomas Kropik (ÖVP)  
GR Bernhard Nagl (SPÖUBA)  
GR Leopold Ottersböck (ÖVP)  
GR Mag. Tibor Pásztor (ÖVP)  
GfGR Martin Rapold (ÖVP)  
GR Ing. Karl Weintögl (SPÖUBA)  
GR Ing. Markus Westymayer (SPÖUBA)  
GR Dr. Alois Zach (ÖVP)

### ENTSCHULDIGT WAREN:

GR Mag. Andrea Maria Mayer (ÖVP)  
GR Ing. Leopold Schagl (ÖVP)

### ANWESEND WAREN AUSSERDEM:

Amtsleiter Dipl.-Ing. Andreas Fischer (Schriftführer)

Bürgermeister Stefan Loidl begrüßt die Gemeinderäte und alle Zuhörer. Entschuldigt sind die Gemeinderäte Mag. Andrea Mayer und Ing. Leopold Schagl. Im Anschluss an die öffentliche Sitzung findet eine nicht öffentliche Sitzung statt. Der Vorsitzende stellt mit 19 anwesenden

Gemeinderatsmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest. Die Sitzungseinladung ist an alle Gemeinderatsmitglieder zeitgerecht ergangen.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung lautet wie folgt:

## **TAGESORDNUNG**

- 1 Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzung**
- 2 Bericht des Prüfungsausschusses**
- 3 Berichte von weiteren Gemeinderatsausschüssen**
- 4 Rechnungsabschluss 2023**
- 5 Wiederholung der Ausschreibung „KIGA-Erweiterung“, Gruberweg 150**
- 6 Bedarfsmeldung Kindergartenferien 2024  
und weitere Ferienunterstützungen**
- 7 Angebotsannahme Erd- und Baumeisterarbeiten,  
vereinbarte Asphaltierung Zufahrtsstraße Rotes Kreuz**
- 8 Ergebnis der Angebotsöffnung, Gansfushaus und altes Rettungshaus**
- 9 Projektumsetzung, WVA-Anschluss für Wassergenossenschaft Mayerling**
- 10 Lichtservice Zusatzvereinbarung zum Lichtservice  
Übereinkommen EV.-Nr. L-B-07-101/ES-3-10064-104 – Leihe der  
vertragsgegenständlichen Anlagen**
- 11 Lichtservice Zusatzvereinbarung EV.Nr. L-B-07-101/ES-3-10064-105  
zu Lichtservice Übereinkommen – Austausch der bestehenden  
nicht LED-Leuchten auf LED im gesamten Gemeindegebiet –  
Verbesserung der Anlage**
- 12 Lichtservice Zusatzvereinbarung EV.Nr. L-B-07-101/ES-3-10064-108 zu  
Lichtservice Übereinkommen – Tausch und Neuerrichtung von LED-  
Lichtpunkten inkl. Mitverlegung „Am Weissenweg“**
- 13 *Personalangelegenheiten (in der nicht öffentlichen Sitzung)***

Der Gemeinderat zeigt sich mit der Tagesordnung einverstanden, es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

### **Tagesordnungspunkt 1, Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzung**

Bis zum Sitzungsbeginn sind keine schriftlichen Stellungnahmen hierzu eingelangt. Der Bürgermeister ersucht um die Genehmigung des öffentlichen und nicht öffentlichen Protokolls der Gemeinderatssitzung von 13. Dezember 2023.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Genehmigung der beiden Protokolle aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

Die Protokolle werden sodann von den Zeichnungsberechtigten unterfertigt.

## **Tagesordnungspunkt 2, Bericht des Prüfungsausschusses**

Der Bürgermeister bittet daraufhin den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses seinen Bericht abzugeben. GR Markus Westymayer informiert, dass am 9. Jänner 2024 und am 27. Februar 2024 eine Prüfungsausschuss-Sitzung abgehalten wurde. Den Auftakt machte eine Sondersitzung zur Klärung der Kostenüberschreitungen beim Radweg-Lückenschlussprojekt, eingeladen war dazu auch das ZT-Büro DI Franz Paikl (Bauaufsicht), um die Gesamtsituation zu erläutern. Die Prüfung konnte aufgrund des dargelegten Umfangs noch nicht abgeschlossen werden, sei aber im Laufen. Des Weiteren hat der Prüfungsausschuss in der Jänner-Sitzung empfohlen, ab 10.000 € verbindliche Auftragschreiben zu erstellen, beziehungsweise Rahmenvereinbarungen zu treffen und sich auch allgemeine Vertragsbestimmungen (AVB) zu überlegen. Vorschläge und Ideen dazu wurden mit dem Amtsleiter besprochen. Es wird empfohlen, unterstützend dazu eine Rechtsberatung beizuziehen und diese mit einem Entwurf zu beauftragen. Die Kassenstandprüfung zeigte zu Jahresbeginn ein Minus von rund 654.000 € am Raika-Girokonto, bei der Volksbank schien ein Plus von rund 98.000 € auf. In der zweiten Prüfungsausschusssitzung fiel im Zuge einer Belegprüfung eine Rechnung für ein Bild-Kalender-Abo der Polizei auf. Der Bürgermeister teilt daraufhin mit, dass diesen Auftrag noch sein Vorgänger erteilt hat und der Kalender zukünftig nicht mehr abonniert werden wird.

Beide Protokolle des Prüfungsausschusses (**siehe Anlage A-1 und A-3**) wurden seitens des Prüfungsausschuss-Vorsitzenden an alle Gemeinderäte verschickt und seitens des Bürgermeisters und des Kassenverwalters gemäß § 82 Abs. 3 NÖ Gemeindeordnung zur Kenntnis genommen. Für den nächsten Rechnungsabschluss (2024) wurde betreffend der seitens des Kassenverwalters abzugebenden Erläuterungen bei Abweichungen zum Voranschlag eine Wertgrenze von zumindest 5000 € vorgeschlagen.

Des Weiteren gab es auch eine Prüfungsausschusssitzung im Gemeindeverband der Musikschule Pfaffstätten – Alland am 29. Jänner 2024. Aufgrund einer neuen Förderungsrichtlinie müssen seitens des Verbandes 300 geförderte Einheiten angeboten werden. Aus Effizienz- und Kostengründen sei man derzeit auf der Suche nach einem dritten Gemeindeglied. Im Vorjahr wurden vom budgetierten und im Voraus zu zahlenden Allander Verbandsbeitrag (75.000 €) rund 24.000 € anteilig wieder gutgeschrieben. Für das nächste Jahr kündigt GR Westymayer daher einen verringerten Verbandsbeitrag von 51.000 € an. Nähere Information zur Prüfungsausschusssitzung des Gemeindeverbandes der Musikschule Pfaffstätten – Alland können in der **Anlage A-2** nachgelesen werden.

Der Entwurf des Rechnungsabschlusses 2023 der Marktgemeinde Alland wurde vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses geprüft, sämtliche Fragen wurden vom Amtsleiter beantwortet und geklärt. Die Mitschrift und Stellungnahme des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zum aufliegenden Entwurf ist in der **Anlage A-4** nachzulesen.

Der Bürgermeister dankt für die konstruktive Zusammenarbeit. Nachdem es keine Wortmeldungen seitens des Gemeinderates dazu gibt, ersucht er auch um dessen Kenntnisnahme.

**Beschluss:**

Die Gemeinderäte zeigen sich mit dem Bericht, Protokollen und Erläuterungen einstimmig einverstanden.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

**Tagesordnungspunkt 3,  
Berichte von weiteren Gemeinderatsausschüssen**

Der Bürgermeister ersucht den Vorsitzenden des Ausschusses für Sicherheit, Verkehr und Umwelt um seinen Bericht zur Sitzung vom 12. März 2024. GR Karl Weintögl verweist auf 16 besprochene Tagesordnungspunkte. Das Protokoll dazu erging bereits im Vorfeld der Sitzung an alle Gemeinderäte (**siehe Anlage B-1**).

Im Bereich Herren-/Frauengasse gab es bis zum Konkurs der dort tätigen Baufirma einerseits ein Problem mit dem Baustellenverkehr (Lkws) bzw. damit verbundene Missachtungen der Einbahnregelung. Der Verkehrsausschuss empfiehlt zu diesem Thema einen Verkehrssachverständigen zu befragen. Als diesbezüglicher Kontakt sei laut Rücksprache bei der BH Baden (Mag. Karin Ferstl) der ASV DI David Ungersböck zu kontaktieren.

Als weiterer Punkt stand die Verbesserung der Ampelschaltung am Hauptplatz zur Diskussion. In der Nacht soll zwischen 22 und 5 Uhr auf blinkend geschaltet werden. Diesbezüglich will man beim Land, konkret bei der Abteilung Allgemeiner Straßendienst, Straßenbaudirektor DI Josef Decker, Nachfrage halten. Weiters liegt eine Anfrage betreffend Postbus-Shuttle für Maria-Raisenmarkt vor. Hier wird auf die geltenden Verträge der Vertragspartner verwiesen, die keine Änderungen zulassen. Bei einem Ortsaugenschein einer neu vermessenen Stützmauer in der Kronawettgasse stellte man fest, dass eine Thujenhecke zu einem Drittel auf der Gemeindestraße steht. Die Empfehlung vom Ausschuss lautet daher, dass man diese Hecke entfernt und dort einen entsprechenden Unterbau einbringt. Beim Fahrbahnteiler bei der Fa. Spar soll nach einer Anfrage eine gut sichtbare Fußgängermarkierung angebracht werden, diesbezüglich sollen Experten vom Land befragt werden.

Zur mehrfach angeregten Verschönerung eines Umkehrplatzes in Maria Raisenmarkt beim „Weißen Kreuz“ wird die Dorfgemeinschaft einen Vorschlag erarbeiten, die Vorstellungen darüber sollen dann in der nächsten Verkehrsausschuss-Sitzung besprochen werden. Aktuell läuft auch eine Tempo 30-Umfrage für die Nebenstraßen seitens der SPÖUBA. Seitens GR DI Dollensky wird eingeworfen, dass es zielführender und wesentlich notwendiger wäre, die Beschränkungen auf tatsächlich gefährdeten Straßenzügen voranzutreiben, wie etwa auf der B11, beginnend von der Kalkberggasse bis zum Gedeckten Steg.

Die Anfrage zur möglichen Errichtung von Nextbike-Stationen (Leihräder) am Radweg wurde vom Verkehrsausschuss abgelehnt. Eine Station würde der Gemeinde nämlich 8000 € kosten und eine Förderung gäbe es erst ab drei Stationen. Zudem seien 31 € pro Monat pro Rad und Monat zu leisten. GR Weintögl erachtet solche Initiativen in städtischen Gebieten mit mehr Frequenz interessanter als am Land.

Des Weiteren ersuchte der Österreichische Touristenklub die aktuelle Parksituation Richtung Helenental zu verbessern. Hier verweist der Verkehrsausschuss auf die Parkplatznutzung in Maria Raisenmarkt (z.B. neben dem Feuerwehrhaus) bzw. beim Karmel Mayerling. Zur kürzlich

stattgefundenen ARGE-Radweg Besprechung in Baden hält der Vorsitzende fest, dass selbst erst kürzlich asphaltierte Straßenabschnitte durch Baumwurzeln in Mitleidenschaft gezogen werden. Die laufenden Sanierungskosten sind vereinbarungsgemäß zu jeweils einem Drittel von den Gemeinden Baden, Heiligenkreuz und Alland zu tragen. Der Verkehrsausschuss regt an, dass die Gemeindevertreter mit den jeweiligen Baum-/Grundstücksbesitzern (z.B. Euller-Wilfing aus Sattelbach, Gemeinde Heiligenkreuz) das Gespräch suchen.

Zum Thema Sicherheit und anstehende Anschaffungen (Autos usw.) ist eine gemeinsame Sitzung mit den drei FF-Kommandos geplant. Weiters wurde auch die notwendige Brückensanierung in Sattelbach und in Schwechatbach diskutiert. Zur nächsten Verkehrsausschusssitzung soll daher auch das ZT-Büro Paikl zur Vorstellung von Projektvorschlägen eingeladen werden. Die Umsetzung soll frühestens im Jahr 2025 in die Wege geleitet werden. Die Brücke zur Kindergartenzufahrt hat aufgrund der anstehenden Bautätigkeit Priorität. Sie soll rechtzeitig vor Baubeginn unterstellt werden, um die statischen Voraussetzungen für den schweren Baustellenverkehr zu gewährleisten. Die Ortstellenvertretung der Rettung Alland setzt sich für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h bei der Einfahrt zum neuen Gebäude ein. Der Ausschuss erachtet eine solche Begrenzung zwischen dem Ortsende bis zur OMV-Tankstellenkreuzung als sinnvoll, auch hierzu soll das Gespräch mit der BH Baden gesucht werden. In der Kalkbergasse müsse noch ein Parkverbot (Kreuzmarkierung) angebracht werden. Derzeit sind dort drei Autos abgestellt, diesbezüglich soll mit den Fahrzeugbesitzern Kontakt aufgenommen werden. Kritik übt man abschließend am Belassen der alten WVA-Infrastruktur beim neu asphaltierten Straßenprojekt.

Bürgermeister Loidl verweist auf die einzuhaltende Kostendeckung in den Gebührenhaushalten der marktbestimmten Betriebe. Nachdem es auch eine Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Bauwesen abgehalten wurde, erteilt er dem Vorsitzenden, GfGR Martin Rapold, das Wort. Dieser fasst die wichtigsten Ergebnisse der gemeinsamen Sitzung vom 20. Februar 2024 zusammen, zu der alle Gemeinderäte eingeladen waren und 14 davon auch anwesend waren. Ein Protokoll dazu wurde an alle Gemeinderäte bereits verschickt (**siehe Anlage B-2**). Neben den anstehenden Änderungen des Bebauungsplans (vorgestellt vom Raumplaner DI Thomas Hackl und Bausachverständigen Arch. DI Rainer Erdkönig) stand auch die Vorbereitung zur Aufhebung der Bausperre sowie die Erweiterung des Kindergartens (erläutert von Baumeister Thomas Tripl, 3053 Brand Laaben) auf der Tagesordnung. Am 14. November 2022 hat der Gemeinderat gemäß § 35 (1) des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014 eine Bausperre aufgrund der geplanten Änderung des Bebauungsplanes für Grundstücke im Wohnbauland ab einer Größe von 1500 m<sup>2</sup> erlassen. Ziel war es, großvolumigen Wohnbau unter der Prämisse des Erhalts der Wohnqualität entgegenzuwirken. In einer offenen Diskussion wurden gemeinsame Vorschläge erörtert. Im Mai soll die nächste Bauausschusssitzung folgen. Bis dahin sollen die Experten ein Konzept erarbeiten, um unter Beachtung der entsprechenden Auflagefristen, schnellstmöglich im Gemeinderat entsprechende Beschlüsse fassen zu können.

Nachdem in der letzten Gemeinderatssitzung am 13. Dezember 2023 die Kindergarten- und Musikschul-Ausschreibung aufgrund des Finanzierungsthemas aufgehoben wurde, hat sich die Baukooperative GmbH ein „verschlanktes“ KIGA-Projekt (ohne Musikschule) am Standort überlegt. Die hierfür vorzubereitende KIGA-Ausschreibung ist inzwischen weitgehend fertig gestellt. Baumeister Tripl von der Baukooperative GmbH sollte daher abermals mit der Ausschreibung beauftragt werden. Die Bruttoschätzkosten für das überarbeitete KIGA-Projekt liegen laut dem Baumeister bei rund 2,8 Mio. € (exkl. Einrichtung, welche mit etwa 80.000 € brutto je Gruppe kalkuliert wird). Bei den baulichen Maßnahmen gibt es Reserven/Einsparungspotenziale von rund 300.000 € brutto. GfGR Bonfert erinnert an die ursprüngliche Willenserklärung im Gemeinderat. Das Vorhaben sei im Dezember 2023 mit 2 Mio. € brutto budgetiert worden, an diese Wertgrenze sollte man sich auch weiterhin gebunden halten. GfGR Rapold verweist auf die noch nicht veranschlagten

Förderungen und will das Ergebnis der Ausschreibung abwarten. Nach den Angebotsprüfungen soll die weitere Vorgehensweise im Gemeinderat festgelegt werden.

Die Angebotsöffnung ist für den 2. April 2024 um 10.30 Uhr terminisiert worden. GR Westymayer zeigt sich nicht wirklich erfreut, über den eingeschlagenen Weg. Die Vorgehensweise bei dieser Ausschreibung sei für ihn nicht wirtschaftlich, der Gemeinderat sei zu einem sparsamen und zweckmäßigen handeln verpflichtet. Beschlüsse müssten im Vorfeld auch von diesen Gremien gefasst werden und nicht von den damit befassten Ausschüssen. Diese können nur Empfehlungen aussprechen. Der Bürgermeister nimmt das zur Kenntnis und verweist auf die diesbezügliche Diskussionsmöglichkeit im dafür vorgesehenen Tagesordnungspunkt 5.

### **Tagesordnungspunkt 4, Rechnungsabschluss 2023**

Der Vorsitzende teilt mit, dass im Zuge der öffentlichen Auflage (beginnend mit 23. Februar 2024) im Gemeindeamt mehrere Stellungnahmen eingegangen sind. Er ersucht GfGR Mag. Christian Bonfert um seine Präsentation (**siehe Anlage C**) und inhaltlichen Erläuterungen.

Anhand des Dreikomponentenhaushalts (Finanzierungs-, Vermögens- und Ergebnis-) zeigt sich beim Finanzierungshaushalt (Ein- und Auszahlungen) ein Minus von 1.530.881,17 € (2022: +895.142,29 €). Dies deshalb, weil einerseits im operativen Haushalt mehr als veranschlagt ausgegeben worden ist und andererseits geplante Projektkosten (Radweg-Lückenschluss, WVA Schwechatbach, neuer Spielplatz im Park Alland usw.) zum Teil erheblich überschritten wurden. Die im Vorjahr gebildete allgemeine Haushaltsrücklage in der Höhe von 600.000 € ist deshalb, bis auf rund 60.000 € (für den geplanten Kranaufbau am Bauhof-Lkw), nahezu aufgebraucht worden. Im Ergebnishaushalt hat sich das mit einem negativen Nettoergebnis in der Höhe von 687.695,51 € (2022: +712.675,09 €) niedergeschlagen. Auf der Passivseite reduzierte sich der Schuldenstand (trotz Aufnahme des Darlehens für das FF-Haus Groisbach in der Höhe von 150.000 €) im Vergleich zum Vorjahresstichtag (31.12.) um 446.022,13 €, damit liegt der Gesamtschuldenstand der Gemeinde (mit 31.12.2023) bei 3.693,315,47 Mio. €. Die Darlehensaufnahmen der Gemeinderatssitzung vom 13. Dezember 2023 sind in dem Rechnungsabschluss 2023 noch nicht eingeflossen, da der Großteil (in Summe 450.000 €) erst Ende Jänner 2024 bzw. der Rest (Zwischenfinanzierung: 200.000 €) erst Mitte März 2024 am Konto eingelangt sind. Das Gemeindevermögen hat sich auf der Aktiv- und Passivseite auf über 30,1 Mio. € erhöht. Die Abschreibung schlägt sich mit rund 1,24 Mio. € im Jahr 2023 nieder.

Folgende Stellungnahmen seitens der Verwaltung und des Prüfungsausschusses zum aufgelegten RA-Entwurf 2023 liegen vor und sollen mit Beschlussfassung berücksichtigt werden:

Die grafische Erläuterung im Vorbericht auf Seite 6 wurde wie folgt aktualisiert: „Die Marktgemeinde Alland weist im Jahr 2023 ein negatives Nettoergebnis aus.“

Folgend der Empfehlung des Prüfungsausschusses sind die Erläuterungen am Ende des Rechnungsabschlusses neben den Betrag, detaillierter mit Beschluss und/oder einer Begründung ab dem Jahr 2024 auszuführen. Der Gemeinderat kommt überein, das bis auf Weiters nur abweichende Beträge ab 10.000 € im Detail (mit Beschluss/schriftlicher Begründung) zu erläutern seien.

Bei den Nachweisen der Investitionstätigkeit mit den Bezeichnungen „Erstellung Leitungskataster ABA Alland“, „Erstellung Leitungskataster WVA Alland“ und „Erstellung eines Trinkwasserplans WVA Alland“ wurden die Laufzeiten von ursprünglich 2022 auf das Jahr 2024 (wegen noch erwarteter Förderungseingänge etc.) korrigiert. Die damit noch laufenden Projekte umfassen somit

3 zusätzliche Seiten, die ergänzend (vgl. Seite 217 bis 219) in den Rechnungsabschluss eingefügt werden sollen. Der abgeänderte Rechnungsabschluss umfasst somit 412 Seiten.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, den vorliegenden Rechnungsabschluss 2023, unter Berücksichtigung der vorhin aufgezählten Stellungnahmen und Abänderungen zu genehmigen.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt den abgeänderten Rechnungsabschluss 2023, wie beantragt, einstimmig an.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

**Tagesordnungspunkt 5,  
Wiederholung der Ausschreibung „KIGA-Erweiterung“, Gruberweg 150**

Bürgermeister Loidl fasst zusammen, dass die neue Ausschreibung unter Einbindung des Bauausschusses seitens der Fa. Baukooperative aus 3053 Brand-Laaben überarbeitet wurde und diese auch seitens des Gemeindevorstandes bereits freigegeben worden ist. Er ersucht den Gemeinderat um die Zustimmung zur Wiederholung der Ausschreibung.

Förderungstechnisch liegen der Gemeinde bis dato folgende Informationen vor. Das Kuratorium des NÖ Schul- und Kindergartenfonds bestätigte für das Vorhaben KIGA, TBE, Gruberweg, Kinderbetreuungsoffensive, Zubau 1 KIGA Gruppe, 1 TBE Gruppe einen Annuitätenzuschuss (mit einer Laufzeit von 15 Jahren) in der Höhe von 7% zu einem fiktiven Darlehen von 90% der abgerechneten, vom Fonds, anerkannten Kosten. Diese Wertgrenze wurde mit 1.239.800,00 € festgelegt. Zudem hat die Marktgemeinde Alland um eine Investitionskostenförderung bei der Abteilung Kindergärten des Amtes der NÖ Landesregierung in der Höhe von jeweils 125.000 € für eine neue Kleinkindergruppe im Kindergarten und eine neue Tagesbetreuungsgruppe (TBE) angesucht. Die Förderungszusage hängt laut Amtsleiter Fischer primär von der einreichkonformen Umsetzung des geplanten Bauvorhabens ab. Auch die Inanspruchnahme des laufenden Förderprogrammes des Bundes, das KIP (Kommunales Investitionsprogramm) 2023 sei angedacht. Hierzu müssen auch die entsprechenden Nachweise vorgelegt werden. Der diesbezügliche Antragstellung hat bis spätestens 31.12.2024 und die Nachweispflicht (Rechnungen etc.) bis spätestens 31.12.2026 zu erfolgen. Anders als bisher sind beim KIP 2023 zwei getrennte Zweckzuschüsse mit separaten Fördertöpfen für Energiesparmaßnahmen (neu) und Investitionszuschüsse (wie bereits beim KIP 2020) vorgesehen worden. D.h. die Abholung der gesamten KIP 2023 Mittel pro Gemeinde hat mit mindestens 2 separaten Anträgen zu erfolgen. Für die Marktgemeinde Alland stehen laut BMF jeweils 134.676 € je Fördertopf zu. Vom Fördertopf der Energiesparmaßnahmen würde sich auch eine Antragstellung zur LED-Umrüstung anbieten, dazu müssten aber erst die folgenden TOP 10 bis 11 beschlossen werden.

Die bewilligte 6. Kindergruppe soll bis zur Fertigstellung weiter im Kindergartenbestand (2. Turnsaal nahe dem Eingang) geführt werden. Zusätzliches Fachpersonal mit pädagogischer Ausbildung wird dann auch für die Tagesbetreuungseinrichtung (TBE) erforderlich sein. Die Hortleitung liegt gänzlich in der Verantwortung der Gemeinde. Wie seitens des Landes angekündigt, hat die Kinderbetreuung in der Tagesbetreuung (TBE) als auch im Kindergarten, von 7:00 bis 13:00 Uhr, kostenlos zu erfolgen. Der monatliche Höchstbetrag für die Nachmittagsbetreuung ist gesetzlich mit 180 € geregelt.

GR Westymayer bekundet (wie schon am Ende von TOP 3) seine Unzufriedenheit. Für ihn wäre es wesentlich sinnvoller gewesen, das ganze Projekt an einen Generalunternehmer auszuschreiben. Dies habe er auch in der letzten Bauausschusssitzung angeregt, dieser Vorschlag wurde aber abgelehnt. Stattdessen wurde beschlossen, aufgrund der anstehenden Terminplanung mit der Ausschreibung weiterzumachen. Auf die Gestaltung der Ausschreibung wurde in der Bauausschusssitzung nicht näher eingegangen. Er ersucht daher diese Punkte an dieser Stelle zu protokollieren und kündigt seine Stimmhaltung dazu an. GfGR Rapold zeigt dafür kein Verständnis. Alle Bemühungen seien bisher auf eine baldige und leistbare Inbetriebnahme der Gruppen hinausgelaufen. Vorausschauend wird auch eine weitere Kindergarten-Gruppe (KIGA-Gruppe 7), wie schon mit der Kindergartenabteilung abgestimmt, errichtet. Diese sei auch noch zu einem späteren Zeitpunkt förderbar. Ein Generalunternehmer könne ohnehin auch schon bei dieser Ausschreibung mitbieten, laut seinen Erfahrungen muss hier aber bei der Haustechnik und beim Dachdecker mit einem Aufschlag von 10% gerechnet werden. Der Finanzausschuss soll erst nach der Angebotsöffnung für die weiteren Beratungen punkto Finanzierung herangezogen werden.

Nachdem es keine weiteren Fragen mehr dazu gibt, stellt der Bürgermeister den Antrag, der nochmaligen Ausschreibung des „redimensionierten“ KIGA-Projektes zuzustimmen.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat spricht sich mehrstimmig im Sinne des Antrags aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	1 (Enthaltung: GR Westymayer)
ALL	dafür	2	dagegen	0

### **Tagesordnungspunkt 6, Bedarfsmeldung Kindergartenferien 2024 und weitere Ferienunterstützungen**

Bürgermeister Loidl kündigt an, dass der Kindergarten in den Ferien durchgängig geöffnet bleiben wird. Gemäß der Bedarfsmeldung für die Ferienbetreuung 2024 im Kindergarten wird nach dem gemeldeten Kinderanzahl auch die Personalbesetzung der Gemeinde geplant. Laut der Kindergartenleiterin sollten diese Anmeldungen verbindlich eingehalten werden. Im Vorjahr war es leider so, dass von 28 Kindern beispielsweise bei Schönwetter nur 3 bis 4 Kinder da waren. Durch das Nichterscheinen von angemeldeten Kindern sind der Marktgemeinde Alland „unnötige“ Kosten entstanden. Mit Blick auf den finanziellen Aufwand und der Urlaubsplanung wurden die Eltern heuer schriftlich ersucht, sich den tatsächlichen Betreuungsaufwand für ihre Kinder bestmöglich zu überlegen (**siehe Anlage D**).

Zudem unterstützt die Gemeinde seit vielen Jahren die Ferienwoche von „Xund ins Leben“ für mehr Sport und Bewegung. Das hierfür herangezogene, privat geführte Unternehmen wurde 2007 gegründet und hat sich zum Ziel gesetzt, mit gesundheitsorientierten Programmen vor allem Kinder und Jugendliche „zu bewegen“. Je Teilnehmer werden für diese Leistungen 150 € verrechnet, davon bezahlen 81 € die Eltern und 69 € die Gemeinde, vorausgesetzt die Teilnehmer haben in Alland ihren Hauptwohnsitz. Bei 50 bis 70 TeilnehmerInnen aus der Gemeinde betrug die jährliche Förderung damit zwischen 3450 und 4830 €. Zum jungen Betreuersteam zählen unter anderem Sportstudenten und -pädagogInnen, aber auch ÄrztInnen, KinesiologInnen und ErnährungswissenschaftlerInnen.

Zum Thema Feriencamp gibt es auch eine Anfrage von Jenny Baer-Pásztory. Die Wildnispädagogin veranstaltet jeden Sommer in Untermeierhof gemeinsam mit Manuela Altersberger

(Diplompädagogin) ein bi-linguales Sommer Camp für Kinder. Ziel des 5-Tages Camps sei es, die Sprache (native speaking) und Kreativität der Kinder zu fördern und ihre Neugierde für die Natur zu wecken. Diese Ferienbetreuung kostet 280 € pro Kind, wobei hier max. 15 Teilnehmer jährlich betreut werden. Auch dieses Camp wurde jedes Jahr von der Gemeinde mit 100 € für hauptwohnsitzgemeldete Kinder finanziell unterstützt, aufsummiert beträgt die Fördersumme damit maximal 1500 € im Jahr.

In der anschließenden Diskussion spricht man sich für die Weiterführung der bisher gängigen Förderpraxis aus. Dem Prüfungsausschuss soll dazu auf Anfrage jährlich eine nachvollziehbare Namensliste mit den Auszahlungsbelegen vorgelegt werden.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, die bisher gewährten Förderungen für die Aktion „Xund ins Leben“ bzw. das Sommer Camp in Untermeierhof in der dargelegten Höhe auch weiterhin zu genehmigen.

### **Beschluss:**

Die Gemeinderäte sprechen sich einstimmig dafür aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

## **Tagesordnungspunkt 7, Angebotsannahme Erd- und Baumeisterarbeiten, vereinbarte Asphaltierung Zufahrtsstraße Rotes Kreuz**

Bürgermeister Loidl verweist auf die seitens BGM a.D. DI Ludwig Köck erfolgte mündliche Beauftragung der diesem TOP zugrundeliegenden Ausschreibung (ca. 60 m Zufahrtsstraße mit einer Asphaltbreite von 4 m) an die Fa. Paikl, 2431 Kleinneusiedl. Die Ausschreibung wurde Ende des Vorjahres nach dem Direkt-Vergabeverfahren gemäß Bundesvergabegesetz 2018 abgewickelt. Gemeinsam mit dem Bürgermeister wurden dazu fünf Firmen ausgewählt, die zur Angebotslegung eingeladen wurden. Die Unterlagen zur Angebotslegung wurden am 1. Dezember 2023 an die Fa. Porr (Pfaffstätten), Fa. Lang & Menhofer (Wr. Neustadt), Fa. Held & Franke (Brunn am Gebirge), Fa. Zöchling (Hainfeld) und Fa. Granit (Oeynhausen) geschickt.

Reihung der Angebote nach rechnerischer Überprüfung ( Ergebnis des Prüfberichtes, ZT-Büro Paikl nach dem Direktvergabeverfahren, Angebotsabgabe 14.12.2023):

<b>Fa. Held &amp; Francke, Brunn und Gebirge:</b>	<b>57.933,83 €</b>
Fa. Porr, Pfaffstätten:	69.002,34 €
Fa. Lang & Menhofer, Wr. Neustadt:	75.795,12 €
Fa. Granit, Oeynhausen:	87.473,16 €
Fa. Zöchling, Hainfeld:	<i>keine Angebotsabgabe innerhalb der Angebotsfrist.</i>

Das Angebot des Billigstbieters, der Fa. Held & Franke, lag mit ca. 16% über der Kostenschätzung bzw. mit etwa 19% unter dem Preis des Zweitgereihten, der Fa. Porr. Im vorliegenden Prüfbericht wurde im Dezember 2023 daher vorgeschlagen, den Billigstbieter mit einer Angebotssumme von € 57.933,83 (inkl. MwSt) zu beauftragen.

Hierzu gab es auch ein Bietergespräch mit der Fa. Held & Franke im Beisein von VBGM Gregor Burger, GfGR Martin Rapold und dem Verkehrsausschuss-Vorsitzenden GR Ing. Karl Weintögl am 9. Jänner 2024 (**siehe Anlage E**). Grundlage hierfür war ein Prüfbericht der Fa. Paikl zur Angebotsabgabe am 14.12.2023. Auf den Angebotspreis werden nun 2% Nachlass und 3% Skonto gewährt. Die Zahlungsfrist der Schlussrechnungen ist mit 30 Tagen vereinbart worden. Die Verrechnung erfolgt nach Naturmaßen laut Ausschreibung und Bauausführung. Nachdem am 27. April 2024 um 13 Uhr bereits die Eröffnung der neuen Rettungsdienststelle in Alland (Klausenweg 719) geplant ist, hat der Gemeindevorstand das diesbezügliche Angebot bereits freigegeben. Auch die Planerleistungen wurden (ohne der ÖBA, örtlichen Bauaufsicht - diese wurde vom Bürgermeister an den Bauhofleiter übertragen) seitens des Gemeindevorstandes am 5. März 2024 an die Fa. DI Franz Paikl, in 2431 Kleinneusiedl vergeben.

Angemerkt wird, dass mit dem Verkauf des ehemaligen Gemeindegrundstücks GSt. Nr. 115/12, KG Weißenweg (962 m<sup>2</sup>) an das Österreichische Rote Kreuz (Landesverband NÖ) ein Erlös (Kaufpreis) von 120.250 € auf das Gemeindegeldkonto geflossen ist. Im Kaufvertrag waren die Aufschließungskosten in der Höhe von 29.271,46 € als entgegenkommende Gegenleistung der Marktgemeinde Alland tituliert, wobei diese Leistung separat zu erfolgen hat.

GR DI Erwin Dollensky und GR Markus Westmayer machen darauf aufmerksam, dass ein solcher GR-Beschluss eigentlich vor der Vergabe gefasst hätte werden müssen. Aktuell sei die Straße so gut wie fertiggestellt. GR Rapold fasst nochmals die Historie dazu zusammen: Die Angebotseröffnung erfolgte am 14. Dezember 2023, kurz nach dem Rücktritt von Bürgermeister DI Ludwig Köck. Daraufhin wurde das Billigstgebot von Held & Franke im Beisein eines Vertreters von ZT-Büro Paikl, dem Bürgermeister, Vizebürgermeister, seiner Person und dem Vorsitzenden des Verkehrsausschusses am 9. Jänner 2024 in einem Bietergespräch nachverhandelt. Demnach werden für die Gemeinde, nicht wie im Erstangebot 48.278,19 € netto, sondern nur mehr 45.864,28 € schlagend. Im Gemeindevorstand sei man dann übereingekommen, dass das vorliegende Angebot fair sei und die bauliche Umsetzung und Beauftragung schnellstens passieren müsse, da sonst die Rettung nicht in das neue Haus zum geplanten Eröffnungstermin am 27. April 2024 einziehen könne. Die Gemeinderäte kontern, dass man diesbezüglich auch einen eignen Gemeinderatstermin im Jänner einberufen hätte können. GR Weintögl verweist auf die Möglichkeit eines Umlaufbeschlusses. Der Bürgermeister versteht wiederum nicht, warum dies nicht beim Bietergespräch gefordert wurde.

Der Vorsitzende stellt daraufhin den Antrag, den geprüften Vergabevorschlägen an den Bestbieter Held & Franke laut dem genannten Bietergespräch zuzustimmen.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat spricht sich mehrstimmig für die Angebotsannahme (45.864,28 € exklusive MwSt) aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0	
SPÖUBA	dafür	3	dagegen	3	(davon eine Gegenstimme: GR Kolbe und zwei Enthaltungen: GR Westmayer und GR Weintögl)
ALL	dafür	2	dagegen	0	

## **Tagesordnungspunkt 8, Ergebnis der Angebotsöffnung, Gansfushaus und altes Rettungshaus**

Bürgermeister Loidl berichtet, dass zur ausgeschriebenen Verwertung der beiden Objekte ein Angebot in der Höhe von 450.000 € seitens der Fa. Friesca Holding Gesellschaft m.b.H. (Fries

Immobilien Group) mit dem Sitz in Wien abgegeben wurde (**siehe Anlage F**). Das dargelegte Wohnvorhaben besitzt eine Wohnnutzfläche von rund 940 m<sup>2</sup> (13 Wohnungen) und ca. 290 m<sup>2</sup> Geschäftsflächen (Ordination und Büros), die Garage wäre im untersten Geschoss mit 30 Stellplätzen geplant. Die Gültigkeit des Angebots war mit 15. März 2024 (15 Uhr) befristet. Aufgrund der Verschiebung des Gemeinderatstermines und der noch ausstehenden Entscheidung der Rettung bleibt das Angebot bis auf Weiteres gültig. Die Verwertung des Gansfushauses, Hauptplatz 142, steht unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der Zustimmung des Gemeinderates der Marktgemeinde Alland, die Verwertung des alten Rettungshauses, Hauptplatz 101, unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Präsidialausschusses des Österreichischen Roten Kreuzes, Landesverband für Niederösterreich. Die Übergabe der Liegenschaften hätte jedenfalls bis längstens 30. Juni 2024 zu erfolgen.

Das geringste Gebot für beide Liegenschaften hatte gemäß dem Gutachten des Sachverständigen Dr. Rudolf Ortmayr zu GZ S/2.371/23 vom 13.06.2023 bei 429.400 € zu liegen. Die beiden Verkehrswerte setzen sich anteilig zu rund 57,63% für die Rettung und 42,37% für die Gemeinde zusammen. Dementsprechend würde dann auch der über dem Mindestgebot liegende Mehrertrag aufgeteilt werden. GR Zach hinterfragt den aktuellen Buchwert des Gansfushauses. Der Amtsleiter verweist auf die zugrundeliegenden Versicherungswerte des Gebäudes, die im Jahr 2020 mit der Nutzungsdauer hinterlegt wurden. Der Vermögenswert (Buchwert) liegt derzeit mit 167.164,80 € unterhalb des anteiligen Verkaufserlöses (190.800 €) nach dem obigen Prozentschlüssel. GR Nagl erinnert an den Kauf des Gansfushauses im Jahr 2006, damals wurden bereits 190.000 € (170.000 € Barkaufpreis und 20.000 € für das Wohnungsgebrauchsrecht) seitens der MG Alland für die Liegenschaft bezahlt. „Kein gutes Geschäft für die Gemeinde“, lautet demnach seine Bilanz.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, dass der Gemeinderat dem vorliegenden Angebot zur raschestmöglichen Verwertung des Gansfushauses einmal zustimmen möge. Das Gebäude verliere jedes Jahr an Wert. Sobald eine Entscheidung der Rettung vorliegt, werde man den Gemeinderat darüber informieren. Sollte das Angebot dort keine Zustimmung finden, sei das ganze ausgeschriebene Projekt hinfällig.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Verkauf des Gansfushauses an die Fa. Friesca Holding Gesellschaft m.b.H. (Fries Immobilien Group) mehrstimmig zu.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	1 (Enthaltung: GR Bernhard Nagl)
ALL	dafür	2	dagegen	0

### **Tagesordnungspunkt 9, Projektumsetzung, WVA-Anschluss für Wassergenossenschaft Mayerling**

Bürgermeister Loidl nimmt zum vorliegenden Antrag der Wassergenossenschaft Mayerling (Obmann Kurt Fischer) Stellung. Im Zuge der Jahreshauptversammlung am 25. November 2023 wurden die Mitglieder über die baulichen Erfordernisse und deren Kosten (laut Grobkostenschätzung der Fa. ZT-Büro DI Franz Paikl) informiert. Die Mitglieder der Wassergenossenschaft haben sich sodann einstimmig dafür ausgesprochen, sämtliche Kosten für die Herstellung des Wasseranschlusses für die Sicherstellung der Wasserversorgung in Mayerling übernehmen zu wollen. Befürwortet wurden auch die geltenden Tarife der WVA-Gebührenordnung von Alland. Der Obmann ersuchte daher am 11. Dezember 2023 die MG Alland um Einleitung der weiteren Schritte zur Umsetzung dieses Projektes. Die Wassereinspeisung soll mittels eines Übergabeschachts mit einem Wasseranschluss (Wassermesser) erfolgen. Die Errichtungskosten werden sich laut einer ersten Grobkostenschätzung

bei etwa 30.000 € (exkl. MwSt.) bewegen. Für eine detaillierte Abschätzung der zusätzlichen Wasserversorgung, mit einer Anbindung an das öffentliche Wasserleitungsnetz, empfiehlt das ZT-Büro Paikl eine Machbarkeitsstudie (vgl. Honoraranbot vom 21. März 2024 in der Höhe von 4150 €, **Anlage G**).

Amtsleiter Fischer warnt davor, die Agenden ungeprüft über die Gemeinde/den Gemeindehaushalt abzuwickeln. Diesbezüglich müssten auch Verpflichtungen bei der Förderungsabwicklung eingegangen werden, zudem werde man wieder in Vorleistung treten müssen. Der Rückfluss von Förderungen dauere oft mehrere Jahre. Nachdem die Anlage nur auf Seiten der privaten Grundstücke modernisiert werden soll, sieht er die Genossenschaft in der Pflicht. Die diesbezüglichen Möglichkeiten und Details zur Projektabwicklung wurden am 6. März 2024 von Bürgermeister, seinem Wassermeister und dem Obmann der Wassergenossenschaft Mayerling (Kurt Fischer) gemeinsam mit dem zuständigen Referenten (Ing. Hubertus Hofböck) der Abteilung WA 4 (Gruppe Wasser – Abteilung Siedlungswasserwirtschaft und dem Planungsbüro ZT-Büro Paikl (DI Gabriele Heimbürg) besprochen. Hierbei wurde seitens des Landes auf den Vorteil des möglichen Vorsteuerabzugs beim Rechnungslauf über die Gemeinde hingewiesen.

Fest stehe bereits, dass man mit einem Schacht und einem eingebauten Zähler nicht das Auslangen finden wird. Die Leitungen seien bereits um die 40 Jahre alt. Man denkt daher über eine Neuverlegung mit effizienten Dimensionen zum Behälter nach. Für eine moderne Steuerung und Befüllung wird seitens der Fachleute auch eine Stromversorgung (-verlegung) dorthin als zielführend erachtet. Erst wenn es darüber Klarheit gibt, mache eine diesbezügliche Vertragsunterzeichnung mit der Wassergenossenschaft Mayerling einen Sinn. Bei hohen Projektkosten würde auch die Genossenschaft (trotz Förderung) in Zahlungsschwierigkeiten kommen. Derzeit habe man nur etwa 20.000 € am Sparbuch, der Rest müsste über zusätzliche Mitgliederzahlungen aufgebracht werden.

GfGR Bonfert unterstützt den Vorschlag, zuerst den Umfang und den Inhalt des Projektes zu definieren und erst dann im Budget für die erforderliche Bedeckung zu sorgen. Der Gemeinderat kommt schließlich überein, dass die Wassergenossenschaft zuerst ihre Hausaufgaben erledigen muss. Die Kosten für die betreffende Machbarkeitsstudie seien eigens zu finanzieren, es sollten zum Preisvergleich auch für die Genossenschaft tragbare Angebote (Grabarbeiten, Elektriker etc.) eingeholt werden. Erst dann will man in dieser Angelegenheit weiter entscheiden.

### **Tagesordnungspunkt 10, Lichtservice Zusatzvereinbarung zum Lichtservice Übereinkommen EV.-Nr. L-B-07-101/ES-3-10064-104 – Leihe der vertragsgegenständlichen Anlagen**

Die Marktgemeinde Alland ist Eigentümer der öffentlichen Beleuchtung im gesamten Gemeindegebiet. Aus rechtlichen Gründen soll die vertragsgegenständliche Anlage an die EVN als Betriebsführer nun zurückverliehen werden. Dazu gab es im Vorfeld auch ein Informationsgespräch mit Christian Sibitz, dem EVN-Vertriebspartner für Großbetriebe und Gemeinden aus 2344 Maria Enzersdorf, im Gemeindeamt. Der Leihzweck wird demnach nur auf die Beistellung für und auf die Erfüllung des Lichtserviceübereinkommens durch die EVN beschränkt. Die Weiterverleihung ist ausgeschlossen. Man hat sich daher auch auf Seiten der Gemeinde für die Vertragsunterfertigung ausgesprochen, um einer ordnungsgemäßen Betriebsführung nicht im Wege zu stehen. Für GfGR Bonfert ist die Vielzahl an Zusatzvereinbarungen und Regelwerke in den Verträgen mit der EVN nur mehr schwer zu durchblicken.

Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass es auch ohne der EVN Vertragswerke mit anderen Partnern betreffend Wartung usw. gebraucht hätte. Zudem sei auch die EVN mit immer mehr Klagen von Privatpersonen konfrontiert und müsse sich dementsprechend absichern. Er stellt den Antrag, den vorliegenden Leihvertrag (**siehe Anlage H-1**) im Namen Marktgemeinde Alland unterfertigen zu können.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt diesen Antrag einstimmig zu.

ÖVP	dafür	10	dagegen	1	(Enthaltung: GfGR Bonfert)
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0	
ALL	dafür	2	dagegen	0	

**Tagesordnungspunkt 11,  
Lichtservice Zusatzvereinbarung EV.Nr. L-B-07-101/ES-3-10064-105 zu  
Lichtservice Übereinkommen – Austausch der bestehenden nicht LED-  
Leuchten auf LED im gesamten Gemeindegebiet –  
Verbesserung der Anlage**

Bürgermeister Loidl informiert, dass die EVN im Zuge einer internen Besprechung auch ein neues Übereinkommen zwecks Austausch der bestehenden Altleuchten auf LED im gesamten Gemeindegebiet (Verbesserung der Anlage) vorgeschlagen hat. 216 von 245 alten Lichtpunkten würden demnach auf neue LED-Technik umgerüstet werden. Die sich aufgrund dieser Mehrleistung ergebene Zuzahlung für die Gemeinde würde sich in der Höhe von 151.514,92 € (inkl. USt) niederschlagen (**siehe Anlage H-2**). Die Umrüstung würde noch heuer erfolgen, die betreffende Rechnungstellung wäre auf Wunsch der Gemeinde erst mit 15.02.2025 möglich. Abzüglich etwaiger Förderungen für den Ökomanagement- Beratungsaufwand (ca. 80% von 5.430 € inkl. MwSt) und des Landes (rund 21.600 € inkl.) würden sich die Gesamtinvestitionskosten für die Gemeinde auf etwa 131.000 € inkl. MwSt reduzieren. Aufgrund der außerplanmäßigen Instandsetzung wäre die EVN bereit, zusätzliche Kosten in der Höhe von 22.010,15 € (exkl. USt) eigens zu übernehmen.

Insgesamt gibt es 744 Lichtpunkte in der Gemeinde, davon sind 499 bereits auf LED umgestellt, 245 noch nicht. Die jährlichen Betriebsführungskosten liegen bei einem LED-Lichtpunkt derzeit bei rund 102 € (exkl. MwSt), bei einem konventionellen Lichtpunkt hingegen bei 165 € (exkl. MwSt) im Jahr. Mit der Annahme der damit zusammenhängenden Zusatzvereinbarung könnten die Lichtpunktkosten generell auf 91 € (exkl.) reduziert werden (**siehe Anlage H-3**). Im Gegenzug müsste die MG Alland bis zum 31.12.2029 auf die Ausübung ihres Kündigungsrechtes verzichten. Kalkuliert mit den hohen konventionellen Lichtpunktkosten würde sich diese Investition aus derzeitiger Sicht in nicht einmal 5 Jahren amortisieren. Somit könnte sich die Gemeinde jährlich 28.812,94 € brutto ersparen.

Seitens des Gemeinderates wird hinterfragt, wie hoch der Verdienst der EVN bei dieser Umrüstungsmaßnahme ist. GfGR Rapold verweist auf den geringeren Stromverbrauch moderner Beleuchtung. Ein herkömmlicher Lichtpunkt benötigt ungefähr 50 Watt, eine moderne LED-Leuchte mit 24 Watt, nur etwa halb so viel. Der größte Nutzen liege in der längeren Lebensdauer der neuen Lampen. Diese belaufe sich auf ungefähr 80.000 Stunden, alte Natriumlampen seien hingegen schon mit 4000 Stunden zu tauschen. Die Wechselzyklen seien damit etwa 20 Mal so hoch, das bringt auch viel geringere Wartungskosten mit sich. Nachdem der Strompreis sich nach Ansicht des Geschäftsführers weiter erholen wird, erscheint ihm der für alle Lichtpunkte angebotene Einheitspreis von 91 € als gerechtfertigt. Dieser Fixpreis gelte dann für ein Jahr und werde dann laufend indexgesichert angepasst. Mittlerweile betreut die EVN mehr als 140 Gemeinden in ganz Niederösterreich und damit rund 90.000 Lichtpunkte. Der Dienstleister übernimmt dabei alle

Arbeiten, welche die öffentliche Beleuchtungsanlage betreffen. Diese reichen von der Planung, der Lieferung und der Montage bis hin zum Anschluss. Altbestände müssten auch fachgerecht demontiert und entsorgt werden. Die Stromlieferung ist im laufenden Betrieb inkludiert. Aktuell kostet die Durchschnittskilowattstunde der Gemeinde laut GfGR Rapold in etwa 16 Cent, die Prognose für nächstes Jahr gehe wieder in Richtung einstellig.

Die Umrüstung der 216 Lichtpunkte soll laut dem vorliegenden Projektplan im Herbst 2024 abgeschlossen sein. Im Zuge der weiteren Diskussion ersucht man das Verhandlungsteam (Bürgermeister und GfGR Rapold) sich für eine noch spätere Rechnungslegung einzusetzen. Der einhellige Vorschlag lautet schließlich, dass diese Leistungen erst im letzten Quartal 2025 fakturiert werden sollen. GfGR Bonfert bringt zudem die Überlegung ein, eine gänzlich andere Finanzierungsmöglichkeit gekoppelt am geringeren Strombedarf zu überlegen.

Nachdem es keine weiteren Anfragen und Anregungen mehr zu diesem Tagesordnungspunkt gibt, bringt der Bürgermeister die vorliegenden Zusatzvereinbarungen zur Abstimmung.

**Beschluss:** Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Annahme der angefügten Lichtservice-Zusatzvereinbarungen aus, vorausgesetzt es werden noch diesbezügliche Nachverhandlungen geführt und über deren Ergebnisse berichtet.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

### **Tagesordnungspunkt 12, Lichtservice Zusatzvereinbarung EV.Nr. L-B-07-101/ES-3-10064-108 zu Lichtservice Übereinkommen – Tausch und Neuerrichtung von LED-Lichtpunkten inkl. Mitverlegung „Am Weissenweg“**

Der Vorsitzende stellt den Antrag, im Zuge der laufenden Leitungsverlegungen noch eine weitere Zusatzvereinbarung zu beschließen. Im Gespräch mit der EVN sei nämlich auch der Tausch und die Neuerrichtung von LED-Lichtpunkten, inkl. Mitverlegung, Am Weissenweg, angekündigt worden, Kostenpunkt 20.781,94 € (inkl. USt). Die Rechnungsstellung (**siehe Anlage H-4**) würde ebenfalls erst mit 15.02.2025 erfolgen. GR Westmayer fragt nach, warum diese Arbeiten im Auftrag der EVN schon wieder vor der Beschlussfassung vor Ort laufen. Der Bürgermeister berichtet vom Ausfall einer anderen Baustelle, deshalb habe die EVN schon früher „Am Weissenweg“ starten können. Der EVN wurde im Vorfeld seitens der Gemeinde aber klar kommuniziert, dass die Annahme dieser Zusatzvereinbarung einen Gemeinderatsbeschluss bedingt. Das Risiko liege daher bei der EVN. Die derzeitige Freileitung (auf Holzmasten mit ungefähr 60 Jahre alten Lampen) wird im Zuge dieser Arbeiten endlich ersetzt und alles unterirdisch verlegt. Es mache daher auch Sinn, hier auch die Lichtpunkte mit zu verlegen und auf moderne LED-Technik umzurüsten. Insgesamt sind 8 neue Lichtpunkte an dieser Stelle geplant. Aufgrund der Kosten ersuchen mehrere Gemeinderäte, wie beim vorherigen Tagesordnungspunkt, auch diese Rechnungslegung weiter nach hinten zu verhandeln. Die Zusammenfassung in ein Gesamtpaket wird aufgrund der divergierenden Vertragsinhalte von der Gemeindeführung ausgeschlossen.

Der Bürgermeister nimmt die Anregungen an und ersucht den Gemeinderat um die Annahme der vorliegenden Zusatzvereinbarung.

Sitzungsprotokoll: Gemeinderat am 21.03.2024

**Beschluss:** Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Annahme der betreffenden Zusatzvereinbarung aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

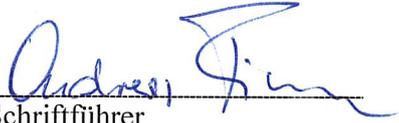
Nachdem es keine weiteren Fragen mehr gibt, dankt Bürgermeister Loidl den Zuhörern für ihr Kommen und wünscht allen ein frohes Osterfest.

Sitzungsende: 21:09 Uhr

Das Sitzungsprotokoll mit allen öffentlichen Tagesordnungspunkten wurde in der Sitzung am 4.6.2024 genehmigt.

\_\_\_\_\_

  
Bürgermeister

  
Schriftführer

  
Gemeinderat ÖVP

  
Gemeinderat SPÖUBA

  
Gemeinderat ALL